

## Besprechungen

Weber, Adolf: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. Eine Einführung. 6. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Berlin 1953. Duncker & Humblot Verlag. 738 S.

Die lang vermißte 6. Auflage des Weberschen Lehrbuchs wurzelt mit ihrer methodologischen und weltanschaulichen Haltung in den vorangegangenen Auflagen, schreitet indes, was die Spannweite des Forschungsbereichs anlangt, insofern über sie hinaus, als sie nicht nur die während der letzten zwanzig Jahre zu verzeichnende Ausgestaltung des in- und ausländischen Schrifttums, besonders des durch Keynes inaugurierten, sondern auch die durch die Sowjetwirtschaft aufgeworfenen Sachverhalte einbezieht. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man die altbewährten Vorzüge des Werkes nochmals unterstreichen. Wenn Hayek in seiner Besprechung der 5. Auflage es als ein Meisterwerk didaktischer Leistung rühmte, dem die gegenwärtige deutsche Literatur nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen hat und das auch den Vergleich mit den bisher unerreichten Lehrbüchern in englischer und italienischer Sprache nicht zu scheuen braucht, so gilt dies in wenn möglich noch höherem Maße auch für die neue Auflage, in der die Summe eines halben Jahrhunderts intensiver Arbeit im Dienste der nationalökonomischen Wissenschaft ihren Niederschlag gefunden hat. Vor allem ist es der reiche Fundus an echtem Wissen, die kristallene Klarheit der Sprache, die die kompliziertesten Zusammenhänge dem suchenden Blick mit scheinbarer Mühelosigkeit zu öffnen versteht, die unmittelbare Anschauung der ökonomisch-sozialen Wirklichkeit, die Lebensnähe und Lebenswärme, die wie dem gesamten Schrifttum Webers so auch dieser „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ ihren besonderen und eigentümlichen Reiz verleiht und die volle Erfüllung ihres Lehrzwecks gewährleistet.

Zur Charakteristik des wissenschaftlichen Standorts Webers, wie er in der „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ zum Ausdruck kommt, lassen sich, wie mir scheint, in der Hauptsache vier Grundkriterien aufstellen:

1. Die Nationalökonomie beschränkt sich nicht auf eine Lehre der Preisbildung, sondern umfaßt darüber hinaus die natürliche und gesellschaftliche Umgebung der wirtschaftenden Menschen;

2. Weber ist überzeugt von der Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber den sonstigen Wirtschaftssystemen; ihre Analyse ist darum das Kernstück des Lehrwerks;
3. die Anerkennung der marktwirtschaftlichen Effizienz verschließt sich nicht der Einsicht in die mannigfachen Gleichgewichtsstörungen des ökonomischen Ablaufs, die daher eine eingehende Betrachtung erfahren;
4. aus dem Sachverhalt der Friktionen ergibt sich die Bejahung gewisser Eingriffe in den marktwirtschaftlichen Mechanismus, die indes innerhalb der Grenzen des unbedingt Notwendigen zu halten sind und die grundsätzliche Ablehnung einer zentralistischen Plan- oder Befehlswirtschaft nicht berühren.

Die Auffassung, daß die Volkswirtschaftslehre über die Preisvorgänge hinaus das Gesamt der ökonomischen Erscheinungen umfaßt, findet ihren Ausdruck in den Untersuchungen, die Weber den natürlichen Faktoren des Wirtschaftens, Boden, Klima und Arbeitskräften, und den gesellschaftlichen Bedingtheiten der Bevölkerung, den ursprünglichen Gemeinschaften Familie und Volk, den Schicksalsgemeinschaften der Nation, des Berufes und Standes, den Bekenntnisgemeinschaften der Kirchen, der politischen Organisation des Staates und seiner Rechtsordnung zuwendet. Sämtlich werden sie in ihren Wirkungsbeziehungen zur Wirtschaft durchleuchtet; sie lassen erkennen, daß allgemeine Volkswirtschaftslehre und ökonomische Theorie sich keineswegs decken und letztere bei aller Würdigung ihrer Tragweite nicht ausreicht, das Ganze des Wirtschaftsprozesses in seinen gestaltenden Kräften und seinen wesentlichen Problemgebieten zu umspannen, was zu erreichen ist nur durch die Verbindung des „institutionellen“ (im obigen Sinne) mit dem theoretischen Betrachtungsverfahren.

Auf dem Boden solcher Verbindung steht die Analyse der Marktwirtschaft breit im Mittelraum des Werkes. Weber ist sich klar darüber, daß eine gänzlich freie Marktwirtschaft nie bestanden hat und die historischen wie gegenwärtigen Wirtschaftsverfassungen sich stets aus Mischformen zusammensetzen, bei denen entweder das dezentralisierte Konkurrenzsystem oder das zentralisierte Kollektivsystem überwiegt, daß auch die Voraussetzungen der Marktwirtschaft — Verhalten nach dem Rationalprinzip, freies Ertragsstreben im Wettbewerb, freie Preisbildung und uneingeschränkte Verfügung über Eigentum, Arbeitskraft, Boden und Kapital — nie völlig gegeben waren und sind, daß sie darum nur als wissenschaftliches Modell im Begriff eines Denkschemas zu gelten hat. Dennoch stellt sich in ihr die Grundlage zur Erkenntnis der Wirklichkeit dar und bildet sie den Ausgangspunkt für die wirtschaftspolitische Stellungnahme zu den Maßnahmen der öffentlichen Instanzen, zumal nicht außer acht gelassen werden darf, daß sich auch heute noch ein erheblicher Teil der Wirtschaftsbeziehungen nach den Prinzipien des marktwirtschaftlichen Ablaufs regelt.



Damit kennzeichnet sich zugleich Webers Stellung zur Methode der Klassiker. Zwar ist das Lehrgebäude der klassischen Nationalökonomie unter Bedingungen entstanden, die sich im Gang der Zeit vielfach gewandelt haben, so daß der Wahrheitsgehalt ihrer Erkenntnissätze in mancher Hinsicht gewissen Abstrichen zu unterziehen ist. Doch auf dem Weg, den die Klassiker mit ihrer Grundkonzeption bahnten, ist unter Wahrnehmung neuer Erkenntnisse und Würdigung neuer Institutionen weiter zu schreiten. So ist Weber auch vorgegangen. Seine theoretische Analyse der Marktwirtschaft stellt, nach Untersuchung ihrer produktionsellen Basis im Zusammenhang mit den Produktionselementen und ihrer Kombination in Betrieb und Unternehmung, die Ordnungs- und Ausgleichsfunktion des Marktes durch den „statischen Dauerpreis“ in das Zentrum des ökonomischen Ablaufs. Im Hinblick auf die ständigen Variationen der Marktdaten ist dieser statische Dauerpreis im Grunde genommen ein Widerspruch in sich, keineswegs ein Abbild der jeweiligen Wirklichkeit, jedoch für das Verstehen der Wirklichkeit als heuristische Konstruktion unentbehrlich, da die nach auftretenden Störungen des Gleichgewichts sich abspielenden Anpassungsvorgänge stets auf ein langfristiges Gleichgewicht hinzielen, bis sich ein neuer Gleichgewichtspreis bildet. Wenn die Klassiker die kurzfristigen Bewegungen gegenüber der langfristigen Gleichgewichtslage zwar unterschätzten, so wiegt solcher Mangel nicht so schwer wie die Vernachlässigung der langfristigen zugunsten der kurzfristigen Perspektive seitens der heutigen Preistheorie. Was die Größenbestimmung des Marktpreises anlangt, so bezieht Weber einen kombinatorischen Standort; der letzte Grund der Preisbildung liegt im Gebrauchswert, also in der Schätzung der Grenznachfrage; doch bilden die Kosten der Grenzanbieter die untere Grenze, die der Preis wohl vorübergehend, aber nicht auf die Dauer unterschreiten kann.

Wie üblich bezieht Weber die Einkommens- oder Verteilungslehre in die Preislehre ein, faßt er Lohn, Zins, Risikoprämie, Grund- und Quasirenten als Preisphänomene auf. In bezug auf die Lohnbestimmung bekennt er sich, an Thünen anknüpfend, zur Produktivitätstheorie. Obgleich es naheliegt, den Gedanken der Produktivität auch auf den Kapitalzins zu übertragen, unterläßt es Weber, diese Konsequenz zu ziehen. Zwar stimmt er wiederum Thünen darin zu, daß in the long run die Ergiebigkeit des letzten Kapitalteils die Höhe des Zinses regelt. Dennoch schließt er sich der modernen Zeitdifferenztheorie an, indem er den Zins als Preis für das Warten auf zukünftigen Genuß der Kapitalverwendung bezeichnet; im Warten liegt eine objektive Leistung, der das Attribut der Knappheit zuzusprechen ist, die darum eine Vergütung zu beanspruchen hat. Daß der Tatbestand des Wartens nicht zu erklären vermag, warum der Kapitalnachfrager einen Zins zu entrichten bereit und imstande ist, bleibt dabei unberücksichtigt. Hinsichtlich der Grundrente hält Weber dafür, daß sie immer noch auf dem von Ricardo gelegten Fundament fußt und die mannigfachen Einwände der neueren Theorie dessen Argumente nicht in Frage stellen.

Das Unternehmereinkommen als „elementare“ Einkommenskategorie zu deuten, lehnt Weber ab; der Unternehmergewinn kennzeichnet sich als Extraprofit oder Quasirente im Sinne Marshalls. Wir möchten dazu meinen, daß Unternehmereinkommen und Unternehmergewinn spezifische Merkmale aufweisen, die sich keineswegs mit dem Begriff der Rente decken, weshalb es geboten erscheint, sie als besonderen Einkommenszweig anzuerkennen, wie auch die Bezeichnung des Unternehmers als „Rentensucher“ den Kern der Unternehmerfunktion nicht trifft.

Wenn Weber in methodologischer Übereinstimmung mit den Klassikern zum Hauptanliegen der marktwirtschaftlichen Theorie die Analyse des ökonomischen Ablaufs auf lange Sicht erklärt, so schreitet er doch über sie hinaus, indem er die langfristige Betrachtung durch diejenige in the short run ergänzt, die sich auf die als Störungen oder Friktionen auftretenden Abweichungen vom Gleichgewicht erstreckt. Diesen „Hemmungen auf dem Wege zum Gleichgewicht“ wendet sich Weber in einem besonderen Abschnitt des Werkes mit eingehenden Erörterungen zu und bringt damit alles Wesentliche zum Vortrag, in dem sich die gegenwärtige Wirtschaftsform, wenngleich an den marktwirtschaftlichen Selbstordnungsprinzipien festhaltend, von der den Klassikern vorschwebenden Konzeption entfernt, in dessen Klärung die heutige Theorie mit Recht eine ihrer wichtigsten Aufgaben erblickt. Weber setzt ein ganzes Bündel derartiger Friktionen vor: Irrtum, Not und Befehl, mangelnde Transparenz der Märkte, das psychologische Moment der Preisvorstellungen und Preiserwartungen, der Zeitablauf als Friktionerscheinung, die unzulängliche Beweglichkeit und Sprunghaftigkeit der Nachfrage, mangelhafte Anpassungsfähigkeit der Produktion, Variation der technischen Daten u. a. m. Unter den Aspekt der Friktionsvorgänge werden auch die Konjunkturbewegungen und Krisen gestellt, ebenso die Rüstungswirtschaft (als volkswirtschaftlicher Fremdkörper), die gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Arbeitsmärkte, die staatlichen Eingriffe sowie die Einschränkung und Ausschaltung der Konkurrenz durch Monopole und Oligopole. Zum letzteren finden die Probleme des unvollkommenen Wettbewerbs und des unvollkommenen Monopols besondere Beachtung. Das klassische Marktbild der freien Konkurrenz erfährt eine Korrektur durch die Einfügung der Mischformen, die zwischen den Grenzfällen des uneingeschränkten Wettbewerbs und des absoluten Monopols anzutreffen sind und eine entsprechende Vertiefung der Preisanalyse erheischen. So wertvoll diese Vertiefung für die Gewinnung einer vervollständigten Kenntnis der Preisfaktoren auch sein mag, so hält es Weber dennoch für angezeigt, im Einklang mit Schumpeter und v. Zwiedineck vor einer Überschätzung ihres Lehrwerts zu warnen, namentlich wenn sich damit eine Abwertung des Konkurrenzmodells verbindet, dem ungeachtet der Durchsetzung der heutigen Marktformen mit jenen monopoloiden Tendenzen und Gebilden nach wie vor die entscheidende Position zukommt.



Dem Streben nach optimaler Aktualität entspricht es, daß Weber ausgiebig zu der durch Keynes begründeten „Neuen Wirtschaftslehre“ Stellung nimmt. Wie auch aus früheren Äußerungen, etwa in den „Hauptfragen der Wirtschaftspolitik“, hervorgeht, charakterisiert sich seine Stellungnahme als eine betont kritische, bei aller Anerkennung der positiven Leistungen des britischen Nationalökonomen. Als verfehlt erscheint Weber das theoretische Kernstück des Keynes'schen Systems, die unvollständige Kapitalisierung des Sparens, die für sämtliche Länder, allenfalls von den USA abgesehen, nicht als gegeben zu erachten ist. Fragwürdig sind Keynes' Ansichten über die psychologischen Prämissen der ex-ante-Pläne der Unternehmer und der Haushaltungen, den mit steigendem Einkommen nachlassenden Hang zum Verbrauch, das Verhalten zur Liquidität und das Schwergewicht, das Keynes auf den Faktor der Erwartungen der zukünftigen Erträge legt, sowie die Verdrängung der Betrachtung auf lange durch diejenige auf kurze Sicht, welche letztere zwar zur Erkenntnis der exogenen und endogenen Störungen des ökonomischen Ablaufs unerlässlich ist, doch nicht als Grundlage einer allgemeinen Theorie zu dienen vermag. Dem wirtschaftspolitischen Kernstück, der staatlichen Intervention zur Erreichung der Vollbeschäftigung, hält Weber entgegen, daß sie auf Zwangsmaßnahmen hinausläuft, die das marktwirtschaftliche Gefüge aufheben und letzten Endes die Volkswirtschaft in eine Zuchtanwirtschaft verwandeln; sie zielt auf inflatorische Methoden ab, die die volkswirtschaftliche Kontinuität stören, die Spartätigkeit lähmen und die sozialen Spannungen verstärken, eine unrationelle Verlagerung der Produktionselemente aus dem privat- in den staatswirtschaftlichen Sektor und damit eine Minderung des Sozialprodukts bewirken.

Den Abschluß des Werkes bildet eine weitgespannte Auseinandersetzung mit dem System der zentralen Planungs- oder Befehlswirtschaft, der indirekten Befehlswirtschaft des Nationalsozialismus und der direkten der Sowjets. Die die Sowjetwirtschaft betreffenden Ausführungen legen zunächst deren ideologische Grundlage dar, um sich danach den Methoden der sowjetischen Wirtschaftspolitik und ihren Ergebnissen zuzuwenden. Im ersteren Belang weicht der Leninismus-Stalinismus vom ursprünglichen Marxismus dahin ab, daß sein dialektischer Materialismus den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus nicht aus evolutionären quantitativen Wandlungen deduziert, sondern aus qualitativen Veränderungen mittels der revolutionären Gewalt und an die Stelle der staatslosen Gesellschaft den totalitären Staat setzt. Die sowjetische Wirtschaftspolitik kennzeichnet sich durch den primären Ausbau der Schwer- und Investitionsgüterindustrien auf Kosten der Konsumgüterproduktion und damit der Lebenshaltung der breiten Massen, durch maximale Intensivierung der Arbeitsleistung mittels Normen- und Sollzwang der Planungen, Kapitalbildung durch willkürliche Preisdifferenzierungen und kumulative Besteuerung. Die trotz der erreichten Erfolge zu verzeichnende Unterlegenheit der

Sowjet- gegenüber der Marktwirtschaft führt Weber auf folgende Sachverhalte zurück: Verzicht auf die „Produktivität der Freiheit“, auf den individuellen Kampf um die bestmögliche Leistung, auf das eigenverantwortliche Wagen und Wägen eines freien Unternehmertums, fehlende volkswirtschaftliche, sich nach den Marktpreisen orientierende Koordinierung der Produktionselemente, Verzicht auf Verbindung gegenwärtiger und zukünftiger Leistungen im Sinne des Rationalprinzips durch die freien Kreditmärkte, Verzicht auf Erhaltung und Entfaltung der Einzelpersönlichkeit als Folge einer Vergötzung der technischen Apparatur und rücksichtslosen Ausnutzung des sie bedienenden kollektiven Menschen, Verzicht auf Selbstkontrolle und deren Ersatz durch eine kostspielige bürokratische Zwangskontrolle, sowie geringe Wahrnehmung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung.

So wandert man mit Weber einen weiten Weg durch die Felder des Wissens- und Problembereichs der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Als pädagogisches Meisterwerk wird die neue Auflage gleich den vorangegangenen für das hohe Ziel werben, das sich Weber gestellt hat, nicht nur nach Erkenntnis um der Erkenntnis willen zu streben, nicht Theorie um der Theorie willen zu treiben, sondern der wirtschaftspolitischen Willensbildung zu dienen, um mitzuwirken an der Aufgabe der Wirtschaft, das Sozialprodukt unter Wahrung der Freiheit und Würde des Menschen nachhaltig zu sichern und zu mehren. Karl M u h s - Berlin

*Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.* Festgabe für Adolf Weber zur Vollendung seines 75. Lebensjahres. Eine Sammlung von Abhandlungen, unter Mitarbeit von Erich Carell, Otmar Emminger, Georg Halm, Otto Kraus, Alfred Kruse, Carl Landauer, Eduard Lukas, Wilhelm Meinhold, Johannes Messner, Resat Nalbandoğlu, Bernhard Pfister, Heinrich Rittershausen, Karl Rößle, Peter Scherpf, Alfons Schmitt, Franz Paul Schneider, Fritz Terhalle, Francesco Vito, Otto von Zwiedineck-Südenhorst, herausgegeben von Alfred Kruse. Berlin 1951. Verlag Duncker & Humblot. 364 S.

Nicht immer darf man aus dem Fehlen oder dem Volumen einer Festschrift Schlüsse auf die Leistungen des betreffenden Gelehrten ziehen; die Reichweite der persönlichen Beziehungen spielt oft eine entscheidende Rolle und das Leben manches verdienstvollen Forschers geht dahin, ohne daß eines seiner Marksteine gedacht wird. Die vorliegende Festgabe zum 75. Geburtstage Adolf Webers hat indes ihren tiefen und berechtigten Sinn; denn in ihr spiegelt sich das unermüdliche, sich über ein halbes Jahrhundert erstreckende Wirken eines Mannes, der wie nur wenige unserer Wissenschaft zur Erweiterung ihres Erkenntnisbereichs beigetragen hat. Wie jeder von uns weiß und wie das der Festschrift angefügte Verzeichnis des Schrifttums nochmals deutlich macht, umfassen Webers Publikationen nahezu sämtliche wichtigen Gebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, von der allgemeinen Volkswirtschaftslehre als der fortschreitend ausgestalteten Grundlage



seines Forschens zu den verschiedenen Gebieten der Wirtschaftspolitik, des Geld-, Kredit- und Bankwesens und der Sozialpolitik. Diesem von einer universellen Schau getragenen Schaffen trägt die Festschrift in vollem Maße Rechnung, indem sich ihre Abhandlungen auf die mannigfaltigsten Materien der Nationalökonomie erstrecken und stets den unmittelbaren Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft wahren.

So befaßt sich Carell mit einer kritischen Überprüfung des Paretoschen Indifferenzkurvensystems und seiner Formulierung durch Hicks, dessen Erkenntniswert für die Haushaltsrechnung ihm fragwürdig erscheint, weil es von einer Gegebenheit der Preise ausgeht, auf die die Nachfrager keinen Einfluß ausüben. Emminger untersucht die in den letzten Jahren sich abzeichnenden Wandlungen der Zahlungsbilanzpolitik, die sich vornehmlich in dem verstärkten Einsatz der Diskontpolitik sowie der investitions- und finanzpolitischen Maßnahmen äußern und eine gewisse Tendenz der Rückkehr zu den klassischen Methoden erkennen lassen. In seinem Beitrag „Zinspolitik und Wirtschaftstheorie“ sieht Halm den Grundfehler der modernen Zinspolitik darin, daß man glaubt, einen Preis von strategischer Bedeutung innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems freier Preise manipulieren zu können; er warnt vor den inflatorischen Gefahren einer prinzipiellen Politik des billigen Geldes. So wichtig das Ziel der Vollbeschäftigung auch sein mag, so ist es dennoch nicht so wichtig, als daß man um seinetwillen eine freie gegen eine autoritäre Wirtschaft eintauschen sollte. In seiner Untersuchung über die volkswirtschaftlichen Funktionen von Kapital und Zins geht Kraus den Verfahren der industriellen Finanzierung und den Beziehungen zwischen Kapitalbedarf und Betriebsstruktur nach, ohne jedoch die Funktionen des Zinses zu beachten. In seiner Analyse der Mechanismen des Zahlungsbilanzausgleichs stellt Kruse das System des automatischen Selbstausgleichs in den vier Formen des Geldmengen-Preis-, des Zins-Kredit-, des Geldmengen-Einkommen- und des Wechselkurs-Mechanismus der staatlich-planwirtschaftlichen Regelung durch Zölle, Kontingentierung, Subventionierung und Devisenbewirtschaftung gegenüber und legt die Folgerungen dar, die sich aus ihrer Anwendung für die Sicherung des binnenwirtschaftlichen Ablaufs und der Devisenkurse ergeben. Landauer verweist in seiner Abhandlung „Kollektivplanung und Marktwirtschaft in der heutigen Weltwirtschaftspolitik“ auf die aus der Wirtschaftshilfe der USA resultierende Förderung planwirtschaftlicher Gestaltungen innerhalb der bedachten Länder; wenn ihm auch ein *Laissez faire* weder in den internationalen Beziehungen noch in der innerstaatlichen Wirtschaftspolitik als möglich und ein erhebliches Maß von „Kollektivaktionen“ als unerläßlich erscheint, um Unzulänglichkeiten der Marktwirtschaft zu begegnen, so hält er doch die Wiederaufrichtung der Marktwirtschaft auf dem Boden nationaler und internationaler Planungen für erforderlich. Lukas gelangt in seinen „Kritischen Betrachtungen zur Agiotheorie Böhm-Bawerks“ zu dem Schluß, daß,

wenn man den Sachverhalt der Knappheit des Produktionselements Kapital als gegeben unterstellt, eben diese Knappheit zur Erscheinung des Zinses führt und die Agiobewertung der Gegenwartsgüter wohl zu vollster Realität erwächst, jedoch nicht als primäre Ursache der Zinsgenesis, sondern lediglich als Folge der Existenz des Zinses.

Ernsthafte Betrachtung verdient in Meinholds Beitrag zur „Agrarwirtschaftlichen Bedeutung der Einfuhrliberalisierung“ der eindringlich begründete Hinweis, daß für die Übertragung liberaler Grundsätze der Außenhandelspolitik auf die Landwirtschaft als unabdingbare Voraussetzung die Gleichheit der Startbedingungen zu gelten hat, die für die deutsche Landwirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht vorhanden ist. In seinen Betrachtungen über den Zusammenhang von „Wirtschaftsgesetz und Naturrechtsgesetz“ betont Messner den Gegensatz der naturrechtlichen Ideenwelt, deren Maxime er im Postulat der optimalen Freiheit des individuellen Handelns erblickt, zur Auffassung von der immanenten und unabdingbaren Eigengesetzlichkeit des ökonomischen Ablaufs. Das Thema „Rationalisierung des Verbrauchs“ gibt Nalbandoğlu Anlaß, sich für die verstärkte Pflege der bislang vernachlässigten Verbrauchsforschung einzusetzen. An Hand umfangreichen statistischen Materials sucht Pfister die „Enteuropäisierung der Weltwirtschaft“ darzutun, indem er den quotenmäßigen Rückgang der europäischen Produktion an der Weltproduktion wie auch am Welthandel aufzeigt, ohne zu bedenken, daß nach den Auswirkungen der beiden Weltkriege Schlußfolgerungen auf das europäische Wirtschaftspotential von grundsätzlicher und langfristiger Spannweite vorläufig kaum am Platze sind, ganz abgesehen davon, daß die von Pfister angeführten Daten keineswegs gestatten, von einer Enteuropäisierung der Weltwirtschaft zu sprechen; lediglich eine anteilmäßige Minderung ist festzustellen. Für die seitens der ökonomischen Theorie vielfach verlangte Vereinigung von Geldtheorie und Preistheorie bringt Rittershausen gewichtige Argumente bei, ohne indes die Gesichtspunkte zu würdigen, die für die Beibehaltung einer spezifischen Geldtheorie anzuführen sind. Vom betriebswirtschaftlichen Standort aus beschäftigt sich Rößle mit den Hauptfaktoren der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen; die Ansicht von der überlegenen Konkurrenzkraft der modernen Technik als Irrlehre zu bezeichnen, scheint uns jedoch zu weit zu gehen, auch wenn man sich die den großbetrieblichen Expansionstendenzen gezogenen Grenzen gegenwärtig hält. Die Schwierigkeiten, die der exakten Berechnung der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung entgegenstehen, werden in dem Beitrag Scherpps einer Prüfung unterzogen, während Schmitt sich einigen Grundfragen der Verkehrstheorie zuwendet, die bislang seitens der ökonomischen Theorie, ungeachtet des vorbildlichen Vorgehens von Emil Sax, keine hinreichende Behandlung erfahren hat. F. P. Schneider befaßt sich mit der Bedeutung Adolph Wagners als Finanztheoretiker, die er zu knapp auf Wagners Gleichrangigkeit des sozial- mit dem finanzpolitischen Zweck der Besteuerung und die von Wagner konzipierte Tendenz der



zuwachsenden Staatsausgaben projiziert; daß letztere als Wagners finanzielles Entwicklungsgesetz auf schwachen Füßen steht, wie Schneider behauptet, läßt sich auf Grund eines prozentualen Vergleichs der Bewegung der öffentlichen Haushalte mit derjenigen der Volkseinkommen leicht widerlegen.

In seiner Abhandlung „Finanzwirtschaft und Volkswirtschaft“ hebt Terhalle aus den komplexen Beziehungen beider Bereiche das Kriterium der Finanzwirtschaft als Produktionsstelle für Verwaltungsdienste mit ihrer zweifachen Aufgabe als Befriedigung von Gemeinschaftsbedarf und Gemeinschaftsbedürfnissen hervor, unterzieht alsdann das Problem öffentlicher Subventionen einer kritischen Betrachtung und unterstreicht die hohe Tragweite der sozialpolitischen Zielsetzung der Besteuerung als wirksames Korrektiv der marktmäßigen Verteilung des Sozialprodukts. Nachdrücklich betont Vito in seinem Beitrag über den „Methodenstreit in der Atmosphäre des 20. Jahrhunderts“ die Gefahren, die aus der Neigung der heutigen Theorie erwachsen, die Schranken zwischen der natur- und der gesellschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweise zu verwischen, denen besonders die mathematischen und ökonometrischen Richtungen zu verfallen drohen, weil sie verkennen, daß die ökonomischen und sozialen Sachverhalte nicht wie die physikalischen beobachtet und gemessen werden können und den unter die Perspektive des menschlichen Verhaltens zu stellenden wirtschaftlichen Erscheinungen ein besonderer Charakter eignet. Das inhaltreiche Werk abschließend, legt v. Zwiedineck-Südenhorst „Einige Parerga zur Lehre vom Preis“ vor, mit denen er an die wissenschaftlichsgeschichtliche Position der Alternative des objektiven und subjektiven Aspektes der nationalökonomischen Erkenntnisgewinnung erinnert und darauf verweist, daß die gegenwärtige Preislehre dahin neigt, über den objektiven Preisdaten das sie letztlich begründende Wollen der Marktpartner zu vergessen.

So vermittelt die Festgabe ein anschauliches Bild von der Dynamik der nationalökonomischen Wissenschaft und dem Ringen um die Klärung ihrer Phänomene, an der der Jubilar aus der reichen Substanz seines lebensnahen Geistes über die Jahrzehnte hinweg so wesentlichen Anteil genommen hat.

Karl Muhs - Berlin

**Voigt, Fritz:** *Der volkswirtschaftliche Sparprozeß*, Berlin 1950. Verlag Duncker & Humblot. 512 S.

**Binder Paul:** *Die Geldkapitalbildung*. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 170/171.) Tübingen 1952. Verlag I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 48 S.

In fünf Hauptabschnitten gibt Voigt eine umfassende Darstellung dieses so oft behandelten volkswirtschaftlichen Zentralproblems. Obwohl dabei kaum ein wesentlicher Beitrag der letzten Jahrzehnte der Aufmerksamkeit des Verfassers entgangen sein dürfte, schlägt er me-

thodisch und sachlich einen durchaus selbständigen Weg ein, der ihn in manchen Punkten in Widerspruch zu berühmt und einflußreich gewordenen Thesen früherer Autoren bringt.

Der erste Abschnitt handelt vom Wesen und von der Bedeutung des Sparens. Sparen ist eine Funktion der dynamischen Wirtschaft. Es besteht — unbeschadet der Frage, wem der Nutzen daraus zufließt — in der Schaffung einer volkswirtschaftlichen Leistungsreserve durch Einschränkung des Verbrauchs. Der Prozeß wird durch den Nichtverbrauch von Einkommensteilen noch nicht abgeschlossen, sondern erst dadurch, daß die Reserve organisatorisch erfaßbar und ausnutzbar gemacht wird. Erst hierdurch wird die Investition ermöglicht. Das Mittel zur Nutzbarmachung der Leistungsreserve besteht in kapitalistischen oder verwandten Systemen in Verfügungsmacht über Geld. Die Kreditschöpfung ist in diesem System nichts anderes als das Mittel, die im Rhythmus des Wirtschaftsablaufs entstandenen, nicht ausgenutzten Reserven erfaßbar zu machen und damit die Investition zu ermöglichen. Auch die Kreditschöpfung setzt, um fruchtbar zu werden, eine solche Leistungsreserve voraus; andernfalls stellt sie nichts als inflatorische Geldaufblähung dar. Werden irgendwo entstandene Ersparnisse an anderer Stelle wieder verbraucht, so entstehen bloße Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse — leeres Sparen. Dasselbe gilt, wenn bei nicht beweglichen Preisen entweder die Einkommen steigen und/oder der für den privaten Verbrauch verfügbare Teil des Sozialprodukts sinkt; typisch hierfür ist die Kriegswirtschaft. Aber auch im normalen Ablauf unseres Wirtschaftssystems hält der Verfasser die Unbeweglichkeit der Preise aus einer Reihe von Gründen für erwiesen. Nicht alle diese Gründe kann man als stichhaltig ansehen, vor allem unterstellt der Verfasser dem heutigen westlichen Wirtschaftssystem als wesensnotwendige Bestandteile Machtpositionen, die die Preise unflexibel machen. Daß es Machtpositionen gibt, ist unbestreitbar, nicht aber, daß sie integrierende Eigenheiten der herrschenden Wirtschaftsordnung sein müssen.

Die verschiedenartigen Wege des Sparprozesses, also der Entstehung der Leistungsreserve, schildert der zweite Abschnitt. Der Prozeß kann freiwillig sein, er kann in ein- oder mehrschichtigen Zwangssparprozessen vor sich gehen.

Drei Kräfte vor allem, dies ist der Gegenstand des nächsten Abschnitts, verursachen und formen den Sparprozeß: 1. Der Wille zum Sparen sowohl des einzelnen Menschen wie hoheitlicher Organe; 2. die anstaltliche Organisation des Spar- und Kreditwesens, die durch den Zwang ihrer Organisationsprinzipien Sparprozesse auf Grund ihrer Geldschöpfung verursacht; 3. das Geldsystem, das durch seinen eigenen Bewegungsrhythmus und seine innere Verbundenheit mit den Einkommen und den Ersparnissen wirksam ist. Der Verfasser benutzt die Analyse dieser Kräfte zu einer auch an anderer Stelle wiederkehrenden Kritik an dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem, das er durchweg kapitalistisch nennt. Er ist der Auffassung, daß dem Sparprozeß,



also jener Vielfalt von Entschlüssen, Gegenentschlüssen, Handlungen, Gegenhandlungen usw., die Ausrichtung auf die Erfordernisse der Entwicklungsmöglichkeiten fehle. In einer Planwirtschaft könnten, wenn die fähigsten Leute den Sparprozeß bewußt lenken, die Möglichkeiten des Leerlaufs und der Friktionen verringert oder ausgeschaltet werden. Man kann zwar aus dem Zusammenhang des Buches nicht entnehmen, daß der Autor in der praktischen Wirtschaftspolitik eine Planwirtschaft verfolgen würde, aber er gibt ihr doch eine theoretische Chance. Ganz abgesehen davon, daß der Begriff „kapitalistisch“ das heute jedenfalls in Westdeutschland geübte System in keiner Weise mehr trifft, ist die Vorstellung, eine klug geleitete Planwirtschaft könne theoretisch der marktwirtschaftlichen Ordnung überlegen sein, unrealistisch. Es ist der Sinn der Marktwirtschaft, die widerstreitenden Überlegungen, Entschlüsse und Handlungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte zwar als solche nicht aufzuheben, sie aber auf eine gemeinsame Ebene hin, den Markt, sich orientieren zu lassen. Die dabei auftretenden Reibungen, Hemmungen oder Fehlentscheidungen zu beheben oder in Grenzen zu halten, ist die Aufgabe der praktischen Wirtschafts-, insbesondere Geld- und Kreditpolitik und der Rechtsordnung (z. B. Monopolkontrolle). Natürlich hat dieses System Mängel, es müßte sonst nicht menschliche Organisation sein. In einer Planwirtschaft würden die natürlichen Hemmungen ebenso bestehen, mit manchen würde sie fertigwerden, andere schwerwiegende würden an ihre Stelle treten. Es erscheint undenkbar, daß die Vielgestaltigkeit moderner arbeitsteiliger Wirtschaft bis ins Detail der individuellen Entscheidung, und das wäre ja notwendige Konsequenz, jemals erfolgreich gelenkt und geplant werden könnte; im Gegenteil würde die Fülle der Fehlentscheidungen und des Leerlaufs ungleich größer werden und die Fruchtbarkeit des Wirtschaftslebens sinken. Es liegt eine merkwürdige Inkonsistenz in dieser Meinung des Autors, da die Idee einer optimal wirkenden Planwirtschaft die Gesellschaft als Mechanismus denken muß, während der Autor die für die Handhabung eines Mechanismus adäquate Mathematik an vielen Stellen expressiv verbis und methodisch durchweg für unbrauchbar hält, gesellschaftswirtschaftliche Vorgänge realistisch zu erfassen.

Der große vierte Abschnitt befaßt sich mit den Zusammenhängen zwischen Einkommensbildung, Sparen und Investition. Es sind die in den letzten zwanzig Jahren theoretisches Gemeingut gewordenen Einsichten in die Wirkungen, die die Spartätigkeit in einer jeweiligen Situation auf Steigerung oder Rückgang des volkswirtschaftlichen Gesamteinkommens ausübt. In einigen sehr wichtigen Punkten unterscheidet sich der Verfasser freilich von den heute verbreiteten Lehren. Es ist einmal die Einsicht, daß Einkommen, Verbrauch, Sparen und Investieren nicht einen periodisch in sich abgeschlossenen Vorgang darstellen, sondern daß es sich um einen ständigen und im einzelnen sich fortgesetzt zeitlich überschneidenden Prozeß handelt. Da ist ferner die Beweisführung, daß Sparen und Investieren, dies folgt aus den oben

genannten Grundthesen vom Sparen, nicht gleich sind, weder ex ante noch ex post. Sparen erschöpft sich begrifflich im Tatbestand des Nichtverbrauchs. Freilich durch bloßen Nichtverbrauch würden die Einkommen schrumpfen und dadurch endlich das Sparen selbst aufhören. Erst dem Sparen folgendes Investieren, daraus folgende Mehrproduktion und Mehrabsatz lassen die Einkommen und dadurch wiederum das Sparen ansteigen. Sparen und Investieren stehen ex ante wie ex post in gewissem, zum Teil sich bedingenden Zusammenhang, aber nicht in der Weise, daß sie sich notwendig decken müssen. Die Erörterungen des Verfassers bleiben hier an keiner Stelle in terminologischen Diskussionen stecken noch verlieren sie sich im Abstrakt-Logizistischen.

Sehr wesentlich ist das Kapitel über die Rangordnung der Investitionstätigkeit. Hier werden die Ursachen und Anstöße zur Vornahme von Investitionen oder zu ihrer Unterlassung untersucht, wobei eine Reihe von Systemen dargelegt werden, die einen Maßstab für die Rangordnung der Durchführung von Investitionsvorhaben bieten können. Hierbei wird ausführlich das Wirken des Zinses untersucht. In vielem wird man die dabei herausgearbeiteten Möglichkeiten und Grenzen des Einflusses des Zinses bejahen können. Einwendungen glaube ich machen zu müssen, wenn der Autor hier wie so oft der sogenannten „reinen Theorie“ Auffassungen unterstellt, die doch nur vereinzelte Dogmatiker vertreten. Wenn etwa gesagt wird, daß nach der reinen Theorie bei einer Steigerung der Nachfrage die Preise gleichmäßig steigen müßten, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Problematik der Nachfrageelastizität, wie auch der ganze Fragenkomplex um Monopole, Oligopole usw., längst Gemeingut der ökonomischen Theorie sind. Oder wenn bemerkt wird, daß die moderne marktwirtschaftliche Theorie annähme, die Rangordnung der Investitionen orientiere sich in der zinsgesteuerten Wettbewerbswirtschaft ohne weiteres nach der volkswirtschaftlichen Dringlichkeit, so ist zu erwidern, daß sie dies keineswegs unter allen Bedingungen behauptet und zur Korrektur von Fehlentwicklungen ein reiches Instrumentarium Kredit-, Finanz- und allgemein wirtschaftspolitischer Maßnahmen bereit hält.

Sehr gut und zweifelsfrei hat der Verfasser herausgearbeitet, daß in einem großen Teilbereich der Volkswirtschaft institutionelle Bedingungen viel entscheidender als andere Daten auf die Auswahl der Investitionsvorhaben einwirken; man denke an die Anlagevorschriften der Sparkassen, der privaten und öffentlichen Versicherungen usw. Damit ist aber die These der Marktwirtschaft, eine marktkonforme Selbststeuerung der Vorhaben in jedem möglichen Bereich herbeizuführen und aufrechtzuerhalten, nicht widerlegt. Soweit die institutionellen Bedingungen dies in gewissen Bezirken nicht erlauben, kann gerade dieser Bereich ein weites Feld staatlicher Überlegungen und investitionspolitischer Maßnahmen sein, die die Marktwirtschaft nicht stören, sondern ergänzen. Keineswegs ergibt sich daraus die Notwendig-



keit staatlicher Planung und Leitung der Investitionsvorhaben schlechthin.

Im letzten Abschnitt untersucht der Verfasser Fragen der sozialen Schichtung des Sparens und schildert schließlich den unterschiedlichen wirtschaftlichen Effekt, die Fruchtbarkeit des Sparens in verschiedenen wirtschaftlichen Situationen. Hier klingen gewisse Fragestellungen der soviel diskutierten Vollbeschäftigungspolitik an, die in ihrer Richtung sicherlich auch von denjenigen bejaht werden können, die die in der Heimat von Keynes unter wohl z. T. irriger Berufung auf ihn solange geübte Politik für unsinnig halten; denn daß der Staat in der Lage der Unterbeschäftigung unter bestimmten Voraussetzungen Haushaltsdefizite zur Ankurbelung der Investitionstätigkeit herbeiführen darf, daß er damit zusätzliche Einkommen schafft und Höhe und Fruchtbarkeit des Sparens fördert, ist gewiß, nur ist diese Erkenntnis nach den Erfahrungen der dreißiger Jahre nicht mehr neu.

Es sei gestattet, zum Schluß einige methodologische Bemerkungen anzubringen. Das Buch Voigts ist eine außerordentlich umfassende, sehr gründliche Arbeit. Es ist kein rein theoretisches Werk, sondern greift oft und tief in wirtschaftspolitische und soziale Probleme über. Dies ist sein Vorzug, denn es gewinnt dadurch an Wirklichkeitsnähe. Im Gegensatz zu sehr vielen Arbeiten der modernen Theorie bewegt es sich niemals im Bereiche abstrakter Deduktionen und unwirklich konstruierter Modelle, von denen es vielfach überhaupt keinen Übergang zur Realität gibt. Es verzichtet daher auch auf alle Anwendung mathematischer Methoden, die in ihrem Formalismus die realen Tatbestände der Wirtschaftsgesellschaft nicht treffen, es verzichtet auf sie auch als Mittel reiner Veranschaulichung von funktionalen Zusammenhängen. Seine Methode ist analytisch und induktiv, wie wir sie in der modernen Theorie gar nicht mehr gewöhnt sind. Manchmal allerdings könnte man sich vorstellen, daß gewisse Kausalzusammenhänge durch einige Formeln und Kurven zwar nicht gemessen, aber als Tatbestand überzeugend nachgewiesen werden könnten. Recht umfangreiche verbale Darstellungen und manche Wiederholungen, die die Klarheit des Gesamtwerkes nicht erhöhen, könnten dadurch vermieden werden. Im ganzen aber ist es zu begrüßen, daß der Verfasser Theorie betreibt, deren Vergleich mit der Wirklichkeit für den Betrachter nicht zu resignierten Feststellungen über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis führen muß.

Im Zusammenhang mit dem Buche Voigts darf auf eine Studie hingewiesen werden, die sich mit einem Sektor dieses großen Themas befaßt, nämlich Paul Binder: Die Geldkapitalbildung. Auf dreißig Seiten gibt der Verfasser mit sicherer Beherrschung des Instrumentariums moderner Theorie einen knappen Aufriß der Geldkapitalbildung und schließt daran eine Reihe wirtschaftspolitischer Überlegungen, die sich auf die aktuelle deutsche Situation beziehen. Der Übergang von abstrakter funktionaler Theorie zur lebendigen Wirtschaftsproblematik ist hier recht gut gelungen. Aus dem theoretischen Studium

der Bewegung der sogenannten Gesamtbankenbilanz ergibt sich ohne weiteres die Funktion des Kapitalmarktes in der praktischen Wirtschaft und hieraus wieder eine Fülle von praktischen Problemen und Aufgaben, die der Verfasser kurz skizziert.

Wolfgang J a h n - Düsseldorf

Brandt, Karl: *Struktur der Wirtschaftsdynamik*. (Mannheimer Schriftenreihe „Angewandte Wirtschaftswissenschaft“, herausgegeben von H. Rittershausen, Heft 4.) Frankfurt a. Main 1952. Verlag Fritz Knapp. 198 S.

Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, nach „einer Theorie der Wirtschaftsdynamik“ zu fragen, nach „einer Theorie derjenigen Kräfte im Wirtschaftsleben, die Wachstumsprozesse auslösen“ (S. 4), die sich in „Geschwindigkeiten“ und „Geschwindigkeitsveränderungen (Beschleunigungen) wirtschaftlicher Größen“ äußern (S. 50). Die Kennzeichnung dieser Theorie als „dynamisch“ erscheint vielleicht etwas mißverständlich, und zwar deshalb, weil sich in den letzten beiden Jahrzehnten international eine andere Verwendung des Begriffes „dynamische“ Theorie durchgesetzt hat, im Sinne einer Theorie nämlich, die mit Relationen zwischen Variablen arbeitet, die sich auf verschiedene Zeitpunkte bzw. Perioden beziehen. Brandts Darlegungen zeigen aber, daß für seine „Dynamik“ die wirtschaftliche Entwicklung als solche charakteristisch ist und nicht ihre Behandlung im Rahmen einer Theorie, die diese Entwicklung im Ablauf der Zeit erklärt und deshalb neben den Wachstumsraten (rate analysis) auch die Verbindungen zwischen Größen, die sich auf verschiedene Perioden bzw. auf verschiedene Zeitpunkte beziehen (period analysis), berücksichtigen müßte.

Die wirtschaftliche Entwicklung versucht der Verfasser zunächst an einigen partiellen Wachstumsproblemen der Produktion und der Marktpreisbildung darzustellen, um dann die Entwicklung des Gesamtprozesses bzw. die Elemente des Entwicklungsganges, die Wachstumsfaktoren, zu analysieren und sie aus den Wachstumsvorgängen (bzw. deren Veränderung) zu deuten.

Zu den unabhängigen variablen Wachstumsfaktoren zählt er: die Bevölkerungsentwicklung, den technischen Fortschritt und die Größe der Investition (Kapitalbildung). Der Einfluß dieser Wachstumsfaktoren wird in verschiedenen Kombinationen untersucht (wachsende Bevölkerung bei konstanter Technik, Kapitalbildung bei konstanter Bevölkerung und konstanter Technik, technischer Fortschritt bei konstanter Bevölkerung, Wachstum aller Faktoren), wobei die Beziehungen zwischen tatsächlicher und normaler (Harrod's befriedigender) Wachstumsrate und die Probleme des gleichgewichtigen Wachstums zur Sprache kommen. Der Vollständigkeit halber wird auch die Frage des stetigen Rückschritts sowie des unstetigen Fortschritts und Rückschritts aufgeworfen.



Der Verfasser behandelt anschließend Wachstumsfragen der offenen Volkswirtschaft, den Einfluß der staatlichen Aktivität auf die Entwicklung und vor allem den Zusammenhang von Wachstum und konjunktureller Schwankung der wirtschaftlichen Tätigkeit, dessen Darlegung man eine größere Breite gewünscht hätte. Den Abschluß bildet der Versuch, die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur aus dem rein ökonomischen Bereich zu verstehen, sondern „die dauernden Umgestaltungen und Veränderungen, die in der Gesellschaft wirksam sind ... in ihrem Einfluß auf die wirtschaftlichen Bewegungserscheinungen zu erklären“, denn „die Bedeutung des sozialen Prozesses liegt ... für die Wirtschaft gerade darin, daß er die ... Entwicklung nicht nur sichtbar macht, sondern auch erklärt“ (S. 179).

Eine kritische Auseinandersetzung ist bei der Vielfalt der Probleme, die Brandt oft nur skizzenhaft anreißt, kaum möglich. Dankbar muß man dem Verfasser sein, daß er nach Harrod's „Dynamischer Wirtschaft“ der deutschen wissenschaftlichen Öffentlichkeit einen Abriß der Wachstumsprobleme der Volkswirtschaft vorlegt. Ein anregendes Buch.

Gerhard M a n g o l d - Berlin

Tinbergen, Jan: *Einführung in die Ökonometrie*. (Sammlung „Die Universität“, Band 31.) Wien-Stuttgart 1952. Humboldt-Verlag. 271 S.

In der breiten Öffentlichkeit entspann sich unlängst ein längerer Disput über die Auswirkungen der Herabsetzung einiger Verbrauchssteuern auf die Einkünfte des Fiskus. Überdenkt man die Argumente, die hier ebenso wie im Falle der Erhöhung der Bundesbahntarife vorgetragen wurden, so findet man eine Reihe allgemeiner Grundannahmen, aus denen sich zwar manches „Für“ und „Wider“, nichts aber zu einer Lösung der angeschnittenen Frage herleiten läßt. Die Ökonometrie setzt an die Stelle solcher Annahmen die Messung der Beziehungen zwischen den relevanten Größen, hier also die Messung der Preiselastizität der Nachfrage nach jenen Gütern, die der Verbrauchsbesteuerung unterliegen bzw. die Messung der Elastizität der Nachfrage nach Bahntransporten.

Im Mittelpunkt von Tinbergens „Ökonometrie“ stehen daher auch die Ausführungen über meßbare Zusammenhänge kausal verbundener ökonomischer Erscheinungen. Er folgt dabei der üblichen Einteilung in technische Funktionen und Reaktionsbeziehungen, wobei die psychischen Verhaltensweisen der Haushalte von den mehr institutionell bedingten Reaktionen des Geschäftslebens unterschieden werden. In Kürze wird hier, unterbaut durch zahlreiche Literaturhinweise, über die wichtigsten Ergebnisse der ökonometrischen Forschung referiert. Die angeführten Beispiele überzeugen den Leser mehr als langatmige Ausführungen von der Bedeutung numerischer Messung in der Wirtschaftswissenschaft.

Tinbergen erläutert und bespricht aber nicht nur an zahlreichen

Beispielen die Arbeitsweise der jungen Wissenschaft, sondern bietet in seinem „Reiseführer durch das Gebiet der Ökonometrie“ auch eine Einführung in das ökonomische Denken. Nach einigen Ausführungen über die mathematische Formulierung der quantitativen Ansätze gibt der Abschnitt „Statistische Prüfungsmethoden“ einen guten Überblick über Genauigkeit, Verlässlichkeit und Fehlerbereich ökonometrischer Messungen und eine Erläuterung der wichtigsten Verfahren, u. a. der Regressionsanalyse und der Methode der multiplen Korrelation.

Als besonders wertvoll betrachte ich die ausführliche Wiedergabe eines konkreten Beispiels der Anwendung ökonometrischer Forschung auf wirtschaftspolitische Probleme. In einem für die Niederlande ausgearbeiteten Modell werden die Einflüsse der Lohn-, Steuer- und Preispolitik auf Produktivität, Zahlungsbilanz und Beschäftigungsniveau abgeschätzt. An diesem Beispiel, das ernsthaft studiert werden muß, zeigt sich der Nutzen, den auch die praktische Wirtschaftspolitik aus der ökonometrischen Forschung zieht. Es ist zu hoffen, daß dieses kleine Buch wesentlich zur Vertiefung der Erkenntnis beiträgt: daß die ökonomische Forschung auf eine Verbindung von Theorie und empirischer Messung nicht verzichten kann.

Gerhard Mangold - Berlin

**Funke, H., und Blohm, H.: Allgemeine Grundzüge des Industriebetriebes.** (Betriebswirtschaftliche Bibliothek, herausgegeben von Wilhelm Hasenack, Reihe B.) Essen 1952. Verlag W. Girardet. 104 S.

Das vorliegende Bändchen soll den Anfang einer Schriftenreihe bilden, die der ausschließlichen oder vorzugsweisen Behandlung industriebetrieblicher Fragen gewidmet ist. Es zeichnet sich dadurch aus, daß beide Autoren als Ingenieure bzw. Wirtschaftsingenieure sowohl mit der technischen als auch der wirtschaftlichen Seite des Industriebetriebs vertraut sind, was betriebswirtschaftlichen Spezialuntersuchungen allemal zugute kommt. Für den hier unternommenen Versuch, mit der Darstellung der allgemeinen Grundzüge des industriellen Betriebs zugleich in die Industriebetriebslehre selbst einzuführen, hat dieser Vorzug besondere Bedeutung: Dem technischen Sachverständnis der Verfasser ist es gelungen, ein anschauliches, wirklichkeitsnahes Bild von der Struktur und der Organisation des Industriebetriebs zu liefern, wobei die Auswirkungen des technischen Fortschritts eingehend berücksichtigt worden sind, namentlich in den Abschnitten „Kostenstruktur“ (S. 58 ff.) und „Rationalisierungsmaßnahmen“ (S. 68 ff.).

Der prägnant und didaktisch geschickt formulierte Text macht die Broschüre auch für die einführenden Zwecke des Hochschulunterrichts nützlich. Sie ist in ihrem Aufbau und in der Auswahl des Stoffes sowie in ihrer Ausstattung mit Zahlenmaterial und Graphiken ganz darauf abgestellt, daß auf engem Raum allen grundlegenden Problemen Beachtung geschenkt werden kann. Die Herausarbeitung industriebetrieb-



licher Typen, die erfahrungsgemäß große Schwierigkeiten macht, wurde in ansprechender Weise vollzogen. Obwohl die Darlegungen über den industriellen Standort nur drei Seiten umfassen, vermitteln sie gute Einsichten in den Fragenkomplex der Standortwahl (S. 34—37). Auch was über Spezialisierung und Konzentration gesagt wird (S. 72 ff.), weist die Qualität dieser Schrift aus; die gerade für diesen Sachbereich notwendige Verbindung und Abwägung betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Aspekte und Wertungen ist den Verfassern voll auf gegliückt. In den Ausführungen zur Organisation des Industriebetriebes dürfen insbesondere jene über die Funktions- und Abteilungsgliederung uneingeschränkten Beifall finden (S. 82—91). Reichhaltige Literaturhinweise und ein ausführliches Stichwortregister vermehren noch die Brauchbarkeit des Buches, das von der Fortführung dieser Reihe vieles erhoffen läßt.

Antonio Montaner - Mainz

Hennig, Karl Wilhelm: *Betriebswirtschaftslehre der industriellen Fertigung*, 2. Aufl. Braunschweig 1948. Verlag Friedrich Vieweg & Sohn. 180 S.

Das Werk ist das Ergebnis gründlicher Studien der wichtigsten Industriezweige und der einschlägigen Literatur; es legt Zeugnis ab von den mit großem technischen und organisatorischem Wissen verbundenen praktischen Erfahrungen des Verfassers. Durch die Beschränkung auf das technisch-organisatorische Teilgebiet der Betriebswirtschaftslehre und die Verwendung zahlreicher Schaubilder ist es dem Verfasser gelungen, den umfangreichen, in 18 Kapitel gegliederten Stoff auf verhältnismäßig engem Raum übersichtlich, anschaulich und erschöpfend darzustellen. Neben einem allgemeinen Literaturverzeichnis sind in den Fußnoten mehr als 100 Schriften genannt, die betriebswirtschaftliche Einzelfragen behandeln und den Leser zum Studium spezieller Fragen anregen.

Hermann Funke - Berlin

Meyer, Werner: *Elemente zu einer Beschaffungstheorie des Betriebes*. (Basler betriebswirtschaftliche Studien, Heft 10.) Basel 1951. Verlag Helberg & Lichtenhahn.

Die vorliegende Schrift, eine Dissertation der Universität Basel, befaßt sich mit der theoretischen Durchdringung der Beschaffungsprobleme des Wirtschaftsbetriebs. Verfasser hat sich auf die Herausarbeitung der einschlägigen Begriffsbestimmungen und die Darstellung der Abhängigkeiten der Beschaffung von den betrieblichen Gegebenheiten beschränkt, während die Abhängigkeiten von der Finanzierung und den Marktgegebenheiten nur gestreift werden. Die Beschränkung auf betriebswirtschaftlich-theoretische Probleme bringt es mit sich, daß Fragen der Beschaffungsorganisation unerörtert bleiben. Auf die Aufstellung einer Formel zur Bestimmung der wirtschaftlichen Beschaffungsmenge wird zugunsten einer tabellarischen Darstellung verzichtet, weil eine Formel, die den sehr verwickelten und verschieden-

artig verlaufenden Vorgängen der Wirklichkeit entspräche, für ihre praktische Verwendbarkeit zu unhandlich wäre. Trotz der Beschränkung auf einige wichtige Teilprobleme der Beschaffung ist die Arbeit als ein wertvoller Beitrag für das bisher vernachlässigte Gebiet der Beschaffungstheorie zu begrüßen.

Hermann Funke - Berlin

Fein, Erwin: *Bilanzbildsequenzen. Ein Versuch über die Anwendung betriebswirtschaftlicher Methoden auf die nationalökonomische Forschung*. Bern 1951. A. Francke AG. Verlag. 168 S.

Verfasser geht davon aus, daß der Ablauf des Wirtschaftsautomatismus ausschließlich von Naturalvoraussetzungen bestimmt wird. Zur Durchleuchtung dieser Vorgänge stellt er Modellversuche an, für die er die Naturalvoraussetzungen zum Teil willkürlich annimmt, zum anderen Teil gesetzmäßig aus den determinierten Annahmen ableitet. Die Determinanten werden zunächst so gewählt, daß sich dynamisches Gleichgewicht ergibt. Auf einer zweiten Stufe der Analyse werden die Determinanten in einer solchen Weise verändert, daß sie die Erreichung des dynamischen Gleichgewichts verhindern, jedoch ohne daß monetäre Impulse oder Störungen beteiligt sind. Formal bilden die Untersuchungen eine Weiterführung der Sequenzenanalyse durch Bilanzbildsequenzen, die bestimmten Wirtschaftsabläufen nachgebildet werden und die dadurch charakterisiert sind, daß einzelne Wirtschaftsperioden bestimmter Wirtschaftsgebiete als Phasen einer Sequenz aufgefaßt werden. Der Erkenntniswert der Bilanzbildsequenzen ist von den Ergebnissen der nationalen Buchhaltung abhängig, die erst im Anfang ihrer Entwicklung steht und noch zu wenige Buchungsperioden umfaßt, um für hypothetische Modellversuche auswertbare Resultate zu liefern. Endzweck der Bilanzbildsequenzen ist die Schaffung einer Typologie der Wirtschaftsabläufe. Die dafür notwendigen, auf große Zeiträume zurückgehenden Bilanzbildsequenzen müßten retrograd durch die nationale Buchhaltung entwickelt werden, die sich nicht auf so wenige Länder beschränken dürfte, wie es jetzt der Fall ist. Wegen der Mannigfaltigkeit der Wirtschaftskonstellationen und der sehr großen (aber nicht unendlichen) Zahl der möglichen Kombinationen gegebener Elemente kann die gestellte Aufgabe nur durch Gemeinschaftsarbeit auf diesem für Theorie und Praxis wichtigen Gebiet gelöst werden.

Hermann Funke - Berlin

*Konzern-Organisation. Aufgaben- und Abteilungsgliederung im industriellen Unternehmungsverband*. Verfasser: Arbeitskreis Dr. Krähe der Schmalenbach-Gesellschaft. (Veröffentlichungen der Schmalenbach-Gesellschaft, Band 20.) Köln und Opladen 1952. Westdeutscher Verlag. 118 S.

Die Schrift ist eine Ergänzung der „Aufgaben- und Abteilungsgliederung in der industriellen Unternehmung“ und behandelt die organisatorischen Besonderheiten der Konzerne und ähnlicher Zusammen-



schlüsse von Unternehmungen und Betrieben. Hauptgegenstand der Untersuchungen ist die Abgrenzung und Aufteilung der Funktionen zwischen Hauptverwaltung und Werken. Ohne Rezepte aufzustellen, werden für jede Funktion die Vor- und Nachteile der Zentralisation und Dezentralisation festgestellt. Die Schrift ist ein vorzügliches Nachschlagewerk für die Praxis.

Hermann F u n k e - Berlin

B a a d e, Fritz: *Brot für ganz Europa. Grundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Landwirtschaft*. Berlin und Hamburg 1952. Verlag Paul Parey. 230 S., 50 Schaubilder und Tabellen.

Die in Deutschland vorliegenden Untersuchungen zur europäischen Ernährungsfrage — es sei nur an die Arbeiten Backes, von der Deckens, Floßners, Hahns, Mielckes, Schürmanns, Woermanns erinnert — sind durch die veränderte Lage der Nachkriegszeit weitgehend überholt. Abgesehen hiervon bleiben sie, wie die Arbeiten Floßners, auf ernährungsphysiologische Gesichtspunkte beschränkt, oder sie sind, wie die Arbeiten von der Deckens, mehr oder weniger brauchbare Statistiken, deren Richtung einseitig durch autarkistische Gesichtspunkte bestimmt wird (Verbrauchsrechnungen). Wird eine Einordnung der ernährungswirtschaftlichen Problematik in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge versucht, so bleibt die Darstellung theoretisch. Perspektiven zur Integrierung der europäischen Landwirtschaft werden, durchsetzt mit politischen Phrasen, zu farblosen Schematen (H. Backe: Um die Nahrungsfreiheit Europas. S. 209 ff.). Die Arbeit des Verfassers füllt so nicht nur eine wichtige Lücke im fachwissenschaftlichen Schrifttum aus, indem sie die Probleme bis an die Gegenwart heranhält, sondern auch, indem sie die ernährungswirtschaftlichen Fragen im Kreislauf der Wirtschaft erfaßt und — gestützt auf reiche Erfahrungen — an zahlreichen Beispielen erläutert. Durch diese Gesamtschau werden bisher vernachlässigte Gesichtspunkte ins Bewußtsein gerückt, zu denen u. a. auch das menschliche Kräftepotential in der Landwirtschaft gehört. Verfasser zeigt an der Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen, daß das Malthus'sche Gesetz im 20. Jahrhundert in Europa eine Umkehrung erfahren hat. Der Bevölkerungszuwachs blieb anteilmäßig hinter der landwirtschaftlichen Erzeugungssteigerung zurück. Die Untersuchung erbringt den weiteren Beweis, daß durch erhöhte Intensivierung der Landwirtschaft und friedliche Zusammenarbeit der Völker große Wohlstandsentwicklungen in Europa erschlossen werden können. Diese werden nach Überzeugung des Verfassers ausreichen — gleichgültig ob das vereinheitlichte Wirtschaftsgebiet von Europa die Gesamtheit der europäischen Länder oder nur den westeuropäischen Kontinent umfassen wird — um einer wachsenden Bevölkerung einen steigenden Lebensstandard zu gewähren.

Die Arbeit des Verfassers ist — als wissenschaftlicher Beitrag gesehen — eine wertvolle Bereicherung der einschlägigen Fachliteratur.

Sie bildet durch die vielseitige und gründliche Betrachtung der Probleme eine wichtige Diskussionsgrundlage zur Integrierung der europäischen Agrarmärkte. Diese politische Bedeutung wird noch durch die klare und überzeugende Form der Darstellung erhöht. Die Arbeit muß als vorbildlicher Einsatz für die Bestrebungen zur friedlichen europäischen Zusammenarbeit gewertet werden. Niemand, der das Europa-bild des Verfassers studiert, wird sich der magischen Kraft dieses großen vereinheitlichten europäischen Wirtschaftsraums entziehen können, dem schon immer die Liebe des Verfassers gehörte, die im jahrelangen Ringen mit den Problemen und angesichts der Notlage, in die die Völker Europas durch menschliche Unvernunft geraten sind, zu einem großen mitreißenden Strom wurde.

Anneliese Kasten - Berlin

Schuster, Hans: *Überbevölkerung und Auswanderung*. (Schriften des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung.) Bremen 1951. Friedrich Trüben Verlag. 95 S.

Im allgemeinen krankt das internationale Wanderungsproblem seit Jahren daran, daß Quantität und Qualität von Angebot und Bedarf ein mehr oder weniger erhebliches Mißverhältnis immanent ist, und im besonderen, daß sich das Gewicht der Nachfrage ausgesprochen auf die qualitative Seite verlagert hat. Diese aus wirtschaftlichen Erwägungen durch Sperren und Quoten herbeigeführte Umschichtung erschwert naturgemäß das Bemühen, den verglichen mit dem Sozialprodukt zu dicht besiedelten Staaten durch Massenauswanderung Entlastung zu verschaffen. Umgekehrt ist aber besonders für Länder mit einer durch Flüchtlinge zwangsläufig vergrößerten Bevölkerungsdichte die Qualitätsauswanderung in der Regel mit volkswirtschaftlichen Nachteilen verknüpft. Wie der Rezensent (vgl. die Besprechung von Lehmanns Schrift über die schweizerische Auswanderungspolitik, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 68, 1952, S. 28\*), so meint in bezug auf Westdeutschland auch Schuster, daß ein Abwandern der leistungsfähigen Altersklassen das Wirtschaftspotential zu schwächen und damit den Lebensstandard herabzudrücken geeignet sei (S. 87 und 91 ff.). Mit demselben Dilemma, und das entbehrt von wissenschaftlicher Warte nicht des Reizes, hat gleichfalls die englische Auswanderungspolitik zu kämpfen. Großbritannien ist allerdings nicht in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Milderung des Bevölkerungsdruckes an der Auswanderung nach den sogenannten „weißen“ Dominions interessiert, sondern viel eher einmal mit Rücksicht auf die geplante Erschließung neuer Rohstoffbasen und zum anderen zwecks Wahrung des englischen Anteiles an der Einwohnerschaft der Dominions. Nach „*The Economist*“ (Vol. 164, 1952, S. 5 ff.) könnten auch die Dominions jährlich mindestens 250 000 Personen aufnehmen, tatsächlich sind jedoch in den ersten drei Nachkriegsjahren netto 46 000 p. a. eingewandert und zwischen 1949 und 1951 jährlich 160 000, darunter während der ganzen Zeitspanne im Jahresdurchschnitt 80 000 bis 90 000, die vom eng-



lischen Mutterlande kamen. Ein Forcieren noch höherer Beteiligung unterblieb, weil die Dominions wie andere überseeische Länder auf gelernte Arbeitskräfte der aktiven Jahrgänge Wert legen, Großbritannien hingegen gerade solche Kräfte, die Aufzuchtkosten verursacht haben — ein Umstand, dem auch Schuster die gebührende Bedeutung beimißt (S. 88 ff.) —, selbst dringend benötigt, um seine wirtschaftspolitisch so eminent wichtige Exportkapazität ausnützen zu können. Produktivitätsgründe um der inländischen Güterversorgung willen gaben also den Ausschlag, und allein von der Wechselbeziehung her will es auch verstanden sein, wenn die Auswanderung junger Engländer nur unter der Voraussetzung für opportun erachtet wird, daß gleichzeitig die Familie im weitesten Sinne mitgeht. Die Aussage des Verfassers der vorliegenden Schrift, wonach sich Großbritannien seit langem vergebens befließigt, dem Commonwealth Menschen zuzuführen (S. 76), bedarf demnach gewisser Korrekturen. Es kommt hinzu, daß die Auswanderung ganzer Familien vielfach, und Schuster selbst nennt als Beispiel die Südafrikanische Union (S. 85), an der Wohnungsnot scheitert. Der Wohnraumangel — der Fehlbestand in Europa soll 18 Millionen Wohnungen ausmachen — dürfte aber auch das massivste Bollwerk gegen die im Rahmen der europäischen Integration befürwortete Freizügigkeit der Völker sein. Der Wiederherstellung dieser Freizügigkeit mehr Komplikationen vorauszusagen als der des freien Warenverkehrs (S. 95) beinhaltet keinesfalls eine Übertreibung, zeugt vielmehr von einer abgeklärten Sach- und Menschenkenntnis des Verfassers.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Edding, Friedrich: *Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft*. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 12.) Kiel 1952. VI, 63 S., 6 Schaubilder.

Der neuerliche Zustrom von Flüchtlingen aus der Ostzone birgt nach westdeutscher Ansicht die Gefahr einer europäischen Katastrophe in sich, die zu beseitigen die Kraft Westdeutschlands auf die Dauer übersteigt. Ungeachtet einzelner Auslandsstimmen, denen zufolge die vor den Eisernen Vorhang flüchtenden Deutschen gemäß Völkerrecht nicht unter den Status des Flüchtlings fallen, weil sie ja Deutschland nicht verlassen, wurde ebenso in der amerikanischen und englischen Presse die gegenwärtige Progression der Wanderung nach Westberlin zu einem Problem gestempelt, das die gesamte westliche Hemisphäre tangiere und daher in den Verantwortungsbereich der freien Nationen gehöre. Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge mußte sich freilich mangels Mittel für eine durchgreifende Aktion vorläufig auf die Anregung beschränken, eine Lösung der akuten Frage durch Umsiedlung nach Westdeutschland oder durch Auswanderung zu versuchen, und die Westalliierten wollen sich grundsätzlich erst dann zu einer Unterstützung verstehen, wenn die Bundesrepublik alle ihr ge-

gebenen Möglichkeiten ausgeschöpft habe. Nicht zuletzt darum möchte man dem allgemeinverständlich geschriebenen Werkchen von Edding, das überdies in kürzerer Fassung auch in englischer Sprache erschienen ist, stärkste Resonanz im In- und Auslande wünschen, denn in ihm wird in dankenswerter Offenheit exemplifiziert, wie sehr schon vor der jetzigen potenzierten Bevölkerungsdichte die Einflußnahme staatlicher Behörden eingeengt war. Erinnert sei an die während der vergangenen Jahre wegen der Auswirkung auf Wohnungs- und Arbeitsmarkt nur mühselig in Gang gebrachte Umsiedlung. Die von E. Dittrich (Der Aufbau der Flüchtlingsindustrien in der Bundesrepublik, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 67, 1951, S. 332 ff.) 1951 auf 5021 bezifferte Zahl der Flüchtlingsbetriebe soll zwar inzwischen auf rund 8000 angewachsen sein, ein erklecklicher Teil davon ist jedoch viel zu kapital-schwach, um bei schärferem Wettbewerb reüssieren zu können (vgl. P. Sweerts-Sporck, Bedrängte Flüchtlingsbetriebe, Der Volkswirt, 7. Jahrg., Nr. 8 vom 21. 2. 1953). Noch schwerer dürfte heute der Umstand wiegen, daß bisher lediglich ein kleiner Hundertsatz der seit langem heimatvertriebenen Bauern angesiedelt werden konnte, auf der anderen Seite gerade das Landvolk unter den Flüchtlingen der jüngsten Zeit auffallend zahlreich vertreten ist. Für den naheliegenden und auch sofort wieder aufgegriffenen Plan, durch Urbarmachung Neu-land zu gewinnen, gilt nämlich erst recht das Wort von Edding (S. 53), wonach Maßnahmen dieser Art „so kostspielig“ sind, „daß sie gründlicher wissenschaftlicher Prüfung bedürfen“.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Wander, Hilde: *Die Bedeutung der Auswanderung für die Lösung europäischer Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme*. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 15.) Kiel 1951. Außenstelle des Instituts für Weltwirtschaft. 81 S., 5 Schaubilder.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat bereits 1946 eine umfassende Untersuchung über das Flüchtlingsproblem und später dazu Ergänzungen veröffentlicht, orientiert vorwiegend an Erfahrungen in Schleswig-Holstein. Die vorliegende Studie erweitert den Aspekt und legt das Schwergewicht auf die Analyse der wirtschaftlichen Wirkungen erzwungener und freier Wanderungen, bereichert durch das Ergebnis von Besprechungen mit ebenfalls an Wanderungsfragen interessierten Gelehrten des In- und Auslandes. Die Stärke der vorliegenden Schrift liegt in der wirtschaftstheoretischen Durchdringung des Stoffbereiches, in der Aufweisung der Interdependenz der in Frage stehenden Zusammenhänge und der Darstellung der Folgen bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wobei dem innereuropäischen Ausgleich zusammen mit einer Politik der wirtschaftlichen Integration entscheidende Bedeutung vor der Propagierung einer Auswanderung beigemessen wird.

Friedrich Bülow, Berlin



Deutz, Josef: *Adam Stegerwald. Gewerkschafter — Politiker — Minister, 1874—1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland.* Köln 1952. Bund-Verlag. 172 S.

Grote, Hermann: *Der Streik. Taktik und Strategie.* Köln 1952. Bund-Verlag. 222 S.

Unter den für die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland richtungweisend tätigen Persönlichkeiten darf Stegerwald besonderen Rang beanspruchen. Der Lebensweg des mainfränkischen Kleinbauernsohnes vom Tischlergesellen in die politische Verantwortung des Gewerkschaftsführers und Ministers in der preußischen und später auch der Reichsregierung (und nach der Kapitulation bis zum Tode des Siebzigjährigen Ende 1945 in das Amt eines Regierungspräsidenten von Würzburg) ist mit dem Aufstieg der deutschen Arbeiterorganisation aufs engste verbunden, da sein bahnbrechendes Wirken für Anerkennung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsidee die geistigen Grundlagen der deutschen Arbeiterbewegung mitgestaltete, wie es auch Auftrag und Kräfte aus den sozialwirtschaftlichen Verspannungen und Auseinandersetzungen im politischen und ökonomischen Geschehen seit den letzten neunziger Jahren empfing. So kann es nicht überraschen, daß Stegerwald neben seinem Kampf mit Arbeitgebern, Regierung und politischen Parteien für die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mit den freien (sozialistischen) Verbänden mancherlei Meinungsverschiedenheiten zu bestehen hatte, die ja teilweise noch in den Einheitsgewerkschaften der Gegenwart fortleben. Man muß dem Verfasser entschieden beiflichten, wenn er die heutigen deutschen Gewerkschaften mahnt, gerade um der Sicherung ihrer zukünftigen Einheit willen der Wurzeln und Teilströmungen ihrer geschichtlichen Entwicklung eingedenk zu sein, weil „Toleranz in ideellen und weltanschaulichen Fragen . . . für sie unabdingbares Gebot und Grundvoraussetzung für ihre Existenz“ (S. 8) ist. Diese von Deutz geforderte Blickweite und Verständigkeit ist ihm selber in hohem Maße eigen. Nach einem knappen Abriß der Gewerkschaftsgeschichte vermittelt er ein klar gezeichnetes Bild der Grundsätze und Hauptstationen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, das speziell auf Stegerwalds Leistungen abgestellt ist, aber auch die allgemein-politischen und sozialpolitischen Zeitverhältnisse kritisch überschlägt. Daß hier und da die Prägnanz der Formulierung zu wünschen übrigläßt — so S. 23, wo es heißt, Stegerwald habe bei Brentano „Volkswirtschaftslehre und Nationalökonomie“ gehört —, erscheint gegenüber dem Gesamtwert dieses Buches unbeachtlich.

Eine unvoreingenommene und gründliche Untersuchung des Streiks unter historischen, soziologischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und psychologischen Gesichtspunkten würde sicherlich in breitesten Leserkreisen dankbares Interesse finden und der Förderung des gewerkschaftlichen Bund-Verlages wert sein, der nun schon eine ganze Reihe

recht bedeutsamer Veröffentlichungen vorweisen kann. Das hier von Grote Gebotene mag jedoch allenfalls eine persönliche Bekenntnisschrift sein, die, wo sie nicht ohnehin bereitwillig offengehaltene Türen einrennt, mit ihren inhaltlichen und formalen wissenschaftlichen Mängeln und ihrer danebengeratenen kämpferisch-aufklärenden Note Andersgesinnten kaum bessernde Einsichten zu vermitteln vermag. Schon das Vorwort mit seinen beinahe schwülstig zu nennenden Wendungen bereitet den Leser auf die bald folgende Enttäuschung vor, und die unvollständigen Quellenhinweise im Text würde man keinem Anfänger durchgehen lassen. Dabei gehören die zahlreichen, großenteils umfangreichen Zitate sowie die im Anhang wiedergegebenen Satzungen, Streikregeln und -richtlinien des ADGB. und DGB. und die Richtlinien für das Verhalten der Polizei bei Arbeitskämpfen noch zum objektiv Besten dieses Druckerzeugnisses. Peinlich sind häufige, z. T. wörtliche Wiederholungen: S. 85, 180 und 181 räumt der Verfasser ein, daß „kein Streik nach der Fibel gemacht wird“ und es für eine derartige Aktion „keine endgültigen Regeln“ gibt, obwohl er dem Buch das Ziel voranstellt, die „richtige Anwendung“ der „Grundregeln der Taktik und Strategie“ des Streiks zu vermitteln (S. 13). Banalitäten wie „die unaufhaltsame Dynamik“ und „der metallene Ruf der Geschichte“ (S. 29) überschreiten ebenso die Grenze des Erträglichen wie die folgenden Dacapo-Floskeln: „Der Angriff ist die beste Verteidigung, der Hieb die beste Parade“ (S. 153); „Der Termin der beabsichtigten Aktion darf nicht beliebig gewählt werden. Er ist vielmehr abhängig von verschiedenen Umständen und Faktoren, die zu berücksichtigen unbedingt notwendig ist“ (S. 158). Schade auch, daß die Zusammenstellung der Mitgliedszahlen und namentlich des Vermögensbestands der Gewerkschaften (S. 84) mit dem Jahr 1913 endet. Was unter den „geschichtlichen Studien“ zu Anfang der Schrift über den „sozialen Hintergrund“ auf knapp einer Seite — einzig und allein im Anschluß an Kautsky — ausgeführt wird, mutet als ungewollte Persiflage materialistischer Geschichtsauffassung an. Nach allem, was in und zwischen den Zeilen über die angeborene Arbeiterfeindlichkeit auch modernen Unternehmertums zu lesen ist, muß man sich wundern, daß unter den fünf Macchiavelli-Zitaten, die offenbar als geistesgeschichtliches Passepartout zu dienen haben, auch das Discorsi-Wort steht, der Mensch sei ein mittelmäßiger Egoist und auch der Klügste nehme seine Gewohnheit wichtiger als seinen Vorteil (S. 147). Alles in allem erweist diese Verlagsnummer 188 dem Streik als politischem Instrument und sozialwissenschaftlichem Problem einen Bären dienst. Oder ist es der vorgegebenen existentiellen Bedeutung des Arbeitskampfes für Verteilungsgerechtigkeit und Arbeitswürde angemessen, wenn S. 158 allen Ernstes geschrieben steht: „Es würde niemand auf den Gedanken kommen, die Schneeschipper im Sommer zu einer Streikaktion aufzurufen ...“ Der beste Zeitpunkt „wäre für die Schneeschipper der Hochwinter — vorausgesetzt, daß überhaupt Schneefälle zu verzeichnen sind“?

Antonio Montaner-Mainz



Rolf, Wilhelm: *Der Gedanke der Steuergerechtigkeit in der neueren Finanzwissenschaft*. Dissertation der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich. 1952. 109 S.

Ad. Lampe will in einem seiner wertvollen finanzwissenschaftlichen Beiträge zum Wörterbuch der Volkswirtschaft „alle Gerechtigkeits-erwägungen als wirtschaftsfremd“ aus dem Bereich der Steuertheorie verweisen. Eine ähnliche Haltung nimmt Alfred Amonn in mehreren Veröffentlichungen ein, und sie ist bei einer größeren Zahl neuerer Autoren, so bei Ritschl, Dalton u. a., festzustellen — eine begreifliche Reaktion auf die Einseitigkeit ethischer Fundierung in der früheren Finanzwissenschaft. Aber das Pendel scheint wieder zurückzuschwingen, die weltanschauliche Komponente der Besteuerung läßt sich nicht negieren, sie fehlt übrigens auch der „rein wirtschaftlichen“ Betrachtung keineswegs. Terhalle etwa nennt in seiner „Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden“ in einem so überschriebenen eigenen Kapitel „Steuerpolitische Gerechtigkeit die fundamentale politische Forderung“, und der Verfasser der vorliegenden sehr aufschlußreichen Dissertation sucht sie in ihrem Wesensgehalt näher zu ergründen. Er hat zu dem Zweck die ganze einschlägige Literatur durchforscht, das reiche Material an Lehrmeinungen, Ansichten und Vorstellungen, das er vorfand, unter systematischen Gesichtspunkten geordnet übersichtlich zusammengestellt und auf seine Ergebnisse untersucht. Die Fülle der voneinander abweichenden, sich teilweise widersprechenden, notwendig subjektiven Standpunkte könnte zu dem Schluß führen, daß diejenigen doch im Recht sind, die damit in der Finanzwissenschaft nichts zu tun haben wollen. Aber dieser Eindruck entsteht nicht zuletzt dadurch, daß der Verfasser in den Begriff der Gerechtigkeit auch die Vorstellungen von einer anzustrebenden maximalen Wohlfahrt der Gemeinschaft, die Vorstellungen von einer in diesem Sinne „objektiven“ Gerechtigkeit einbezieht, über die die Meinungen am meisten auseinandergehen können. Damit erstreckt er die Forderung der Gerechtigkeit auf alle Zielsetzungen im Steuerwesen, die durch die Gesamtheit der in Betracht kommenden Gesichtspunkte, durch die fiskalischen Notwendigkeiten, die volkswirtschaftliche Richtigkeit, die technische Zweckmäßigkeit und auch die auf das Individuum abgestellte Lastverteilung bedingt sind. Aber nur diese „subjektive“ Gerechtigkeit erscheint es sinnvoll als ein besonderes Postulat an das Steuerwesen heranzutragen, dessen Bedeutung sich auch und gerade in dem möglichen Widerspruch zu den anderen Leitgedanken erweist. Die subjektive Gerechtigkeit ist freilich ebenfalls sehr verschiedener Ausdeutung fähig, sie ist zunächst ein rein formaler Begriff, ihr materialer Inhalt unterliegt dem Wandel der Vorstellungen in der Zeit, er wird von der Verschiedenheit der Nationen, der Rassen und der Kulturen geprägt. Dennoch bildet sich in jeder Epoche der Entwicklung eines Landes eine herrschende Übereinstimmung in den Grundauffassungen, was für das einzelne Subjekt als das *sum cuique* der *iustitia distributiva* im Steuerwesen zu gelten hat, und die Wissenschaft hat diese Auffassun-

gen als ein metaökonomisches Datum in ihre Überlegungen einzustellen. Die subjektive Gerechtigkeit unserer heutigen Vorstellungswelt verlangt eine Steuerverteilung, die Gleichmäßigkeit unter Rücksicht auf den unterschiedlichen Nutzenentgang für das Individuum bedeutet, die auch die soziale Wertung der Quelle von Einkommen und Vermögen, der dahinter stehenden Leistung einbezieht, und sie verlangt zugleich eine Verhältnismäßigkeit zwischen dem Anspruch der Gemeinschaft und dem Interesse des Einzelnen. Das ergibt keine exakten technischen Maßstäbe für die Besteuerung, darin liegt die wissenschaftliche und praktische Schwierigkeit. Schon deswegen läßt sich aus der Idee der Gerechtigkeit allein kein Steuersystem gestalten, es muß in dem optimalen Ausgleich aller sich oftmals widersprechenden fiskalischen, ökonomischen, technischen und ethischen Grundsätze verwirklicht werden. Aber die ethische Forderung nach subjektiver Gerechtigkeit darf dabei nicht an letzter Stelle stehen, sie kann zwar die Steuerleistung nicht nach Art und Maß absolut und zahlenmäßig bestimmen, sie gibt der Steuerpolitik nur allgemeine Richtlinien und Zielpunkte, deren konkrete Auswertung im Einklang mit den sonstigen Erfordernissen erfolgen muß. Sie behauptet dabei den Rang und die Stellung eines selbständigen Postulats besonders gegenüber den nichtfiskalischen Zwecken der Besteuerung, deren Konsequenzen oft mit ihr kollidieren, und die den Vorrang vor der individuellen Gerechtigkeit um so weniger unbedingt in Anspruch nehmen können, als auch sie in den wichtigsten Fällen — eines ökonomischen oder sozialen Entwicklungszieles — wissenschaftlicher Erkenntnis letztlich nicht zugänglich sind und ihnen eine einheitliche Meinungs- und Willensbildung in geringerem Maße zur Seite zu stehen pflegt als der Entscheidung über das, was dem Einzelnen an sich und im Vergleich mit anderen Gliedern der Gemeinschaft an Lasten und Opfern zugemutet werden kann. Diese Entscheidung ist der wichtigste Aspekt, unter dem die Besteuerung von ihren Trägern gesehen wird, und sie wird, da die Steuer nicht im marktwirtschaftlichen Tauschverkehr entsteht, sondern einseitig und zwangsweise auf Grund der Machtstellung des öffentlichen Körpers auferlegt wird, notwendig immer die Frage nach dem subjektiv Gerechten stellen.

Hermann Deite-Berlin

Scharp, Heinrich: *Wie die Kirche regiert wird*. 3. Aufl. Verlag Josef Knecht — Carolus Druckerei Frankfurt/Main 1950. 128 S.

In anschaulicher Form und klarer Sprache wird hier eine Übersicht über die Verwaltungsorganisation der Katholischen Kirche gegeben. Der Papst und die Kardinäle, die Konsistorien der verschiedenen Art, die Kongregationen, die Gerichtshöfe und Ämter der Kirche, die päpstliche Hofhaltung, Tagewerk und Umgebung des Papstes schildert Verf. in einer jedermann verständlichen Form. Katholiken wie Nichtkatholiken erhalten Antwort auf viele Fragen, die sie sich gewiß bereits oft schon selbst gestellt haben.

Hans Peters-Köln